

13. April 2007

## **Hochschulpakt: Kritik an Rahmenbedingungen für Schaffung neuer Studienplätze Landeshochschulkonferenz Niedersachsen befürchtet Verschlechterung der Studienbedingungen**

(Göttingen) Die Landeshochschulkonferenz Niedersachsen (LHK) kritisiert die Rahmenbedingungen für die Schaffung neuer Studienplätze, wie sie für den von Bund und Ländern finanzierten Hochschulpakt 2020 vorgesehen sind. Dies betrifft nach den Worten des LHK-Vorsitzenden und Präsidenten der Universität Göttingen, Prof. Dr. Kurt von Figura, bundesweit die Berechnungsgrundlage für die Vergabe der Fördermittel zum Aufbau zusätzlicher Studienplatzkapazitäten, die eine strikte Orientierung an den Studienanfängerzahlen des Jahres 2005 vorgibt. Durch die politisch gewollte Umstellung des Studiensystems auf die betreuungsintensiven Bachelor- und Masterstudiengänge seien die Aufnahmekapazitäten der Hochschulen gesunken und damit von 2005 bis heute in erheblichem Umfang Studienanfängerplätze verloren gegangen. Die LHK fordert daher, die Ausgangsbasis für die Vergabe von Fördermitteln aus dem Hochschulpakt 2020 flexibel an die Umstellung auf die neuen Studiengangsstrukturen anzupassen.

Die LHK wendet sich darüber hinaus gegen das Verfahren des Niedersächsischen Ministeriums für Wissenschaft und Kultur, den im Zuge des Bologna-Prozesses verzeichneten Rückgang der Studienanfängerzahlen in Niedersachsen durch eine Verschlechterung der Betreuungsverhältnisse aufzufangen. Nach LHK-Angaben ist die Zahl der Studienanfänger in Niedersachsen von 2005 auf 2006 um mehr als 1.100 gesunken. Um diesen Rückgang auszugleichen und damit die Förderung durch den Hochschulpakt 2020 nutzen zu können, will das niedersächsische Wissenschaftsministerium die Aufnahmekapazitäten der Hochschulen entsprechend erhöhen. Dazu sollen die Curricularen Normwerte an Fachhochschulen abgesenkt und die Lehrverpflichtungen von wissenschaftlichen Mitarbeitern an Universitäten angehoben werden. „Diese Maßnahmen verschlechtern real die Studienbedingungen und die Lehrqualität und stehen im Widerspruch zu den Versprechen, die den Studierenden im Zuge der Einführung von Studienbeiträgen gemacht wurden“, erklärte Prof. von Figura.